

Immer mehr Hass und Hetze

Kreistag bezieht Stellung gegen rechtsextreme Szene

VON MAJA YÜCE

Schwalm-Eder – Im Kampf gegen Rechtsextremismus ist permanente Sensibilisierung wichtig: „Wir müssen Acht geben und für die Demokratie den Rücken gerade machen“, sagte Landrat Winfried Becker (SPD) bei der Kreistagssitzung und bekam dafür und für seinen Aufruf, Rechtsextremismus und Alltagsrassismus offen entgegenzutreten, viel Applaus. Damit bezog der Kreistag in seiner Sitzung klar Position.

Becker erklärte auf eine Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion, dass sich die aktive rechtsextreme Szene im Kreis verändert habe. „Klassische Kameradschaften sind seltener geworden. Die Szene ist ein loses, aber gut organisiertes Netzwerk. Die meisten Rechtsextremen tauschen sich in den sozialen Medien aus“, erklärte er. Auch, wenn der Landkreis 2018 nicht mehr im Bericht des Verfassungsschutzes aufgetaucht sei und seit fünf Jahren kein Fortbestand der Gruppe „Freie Kräfte Schwalm-Eder“ bekannt sei, die der Neonazi-Szene zuge-

Winfried
Becker
Landrat



rechnet wurde, so gebe es sehr wohl eine aktive rechte Szene. Dennoch: In Wallenstein (Knüllwald) lebe der mehrfach verurteilte Rechtsextremist Meinolf Schönborn. Von dort aus gibt er die Zeitung „Recht und Wahrheit“ heraus und betreibt einen Online-Handel. Seit 2015 seien verstärkt aber Aktivitäten der „Identitären Bewe-

gung“ im Kreis aufgefallen. „Aufkleberaktionen an fünf Schulen, unter anderem in Homberg, Borken und Schwalmstadt.“ Dies sei 2019 nach Melsungen und Fritzlar ausgedehnt worden.

„Es gibt viele Aktivitäten, aber keine gesicherten Erkenntnisse auf Größe, Altersstruktur und Anzahl aktiver Mitglieder der Identitären im Landkreis“, so Becker weiter. Zudem gebe es Anfeindungen von Rechts gegen Politiker – so gab es am Rande von Neukirchens Pfingstkirmes rechte Pöbeleien gegen Bürgermeister Klemens Olbrich und Ortsvorsteher Peter Jö-

ckel. Die Zahl gewaltbereiter Menschen aus diesen Netzwerken sei seit 2016 gestiegen, sagte Becker. Genaue Zahlen nannte er nicht, ging aber auf Hasspostings im Internet, Bedrohungen und Sachbeschädigungen an Flüchtlingsunterkünften ein.

„Diese gesellschaftlichen Entwicklungen beunruhigen uns“, so Becker. Man dürfe die Gefahren durch den Rechtsextremismus nicht klein reden, sagte Günther Rudolph (SPD) und ging dabei auf den Mord an Kassels Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke ein. Demokratie müsse wehrhaft sein. Die Freien Kräfte seien zwar nicht mehr aktiv, aber nicht weg: „Sie wurden abgelöst durch die Identitären, so Marcel Breidenstein (Grüne). Weil es Hass und Hetze auch im Schwalm-Eder-Kreis gebe, wollten immer weniger Menschen kommunalpolitisch arbeiten, gab Wiebke Knell (FDP) zu bedenken. Die spärlichen Erkenntnisse, die der Verfassungsschutz über die rechte Szene liefere, kritisierte Hans Joachim Böhme-Gin-gold (Linke) scharf. FOTO: LANDKREIS

» HINTERGRUND

Schulungen für Mitarbeiter des Kreises

Zunehmend beschäftigten Gruppierungen wie die Reichsbürger oder die rechte „Identitäre Bewegung“ auch die Verwaltungen. Deshalb werden die Mitarbeiter des Kreises geschult, so Landrat Becker. In Hessen gebe es eine relativ hohe Zahl an Reichsbürgern. 2017 wurden 700 Personen vom Bundesministerium gezählt, im Schwalm-Eder-Kreis waren es damals zwischen 41 und 50 Personen – hessenweit der zweithöchste Wert. 2018 wurden in Hessen 1000 Reichsbürger verzeichnet, eine Erhebung für die Landkreise liege nicht vor, so Becker.

Er lobte insbesondere die Arbeit der Projekte „Gewalt geht nicht“ und „Demokratie leben“, die präventiv und beratend aktiv seien.

may

HINTERGRUND

Vier mutmaßliche Reichsbürger haben Waffenbesitzerlaubnis

Unter den mutmaßlichen Reichsbürgern, die im Schwalm-Eder-Kreis leben, hatten bislang sieben eine waffenrechtliche Erlaubnis, sagte Landrat Winfried Becker. Drei davon wurden rechtskräftig widerrufen und die Waffen von der Polizei sichergestellt. Eine von den drei Personen hat sich nach einer Hausdurchsuchung ins Ausland abgesetzt, sodass die Waf-

fen nicht sichergestellt werden konnten, so Becker weiter. Ein Strafverfahren sei eingeleitet worden.

Ein vierter möglicher Widerruf der Waffenbesitzkarte sei noch in Bearbeitung. Der Nachweis der Zugehörigkeit zu der Reichsbürger-Bewegung gestalte sich in dem Fall allerdings schwierig, erklärte Becker.

may